

Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen

Unser Land hat Zukunft!

***Beschluss
38. Landesparteitag
11. Juni 2016, Aachen***



CDU

Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen

Unser Land hat Zukunft!

1. Präambel

Nordrhein-Westfalen ist ein lebendiges, ein starkes Land. Es galt und gilt zu Recht als „Kernland“ unserer Republik. Dieser Anspruch leitet sich aus der historischen Rolle unseres Landes beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, seiner wirtschaftlichen Leistungskraft und seiner großen Einwohnerzahl ab. Fast 18 Mio. Menschen sind hier zu Hause. Ob in den großen Städten oder auf dem Land, in den Vereinen, Verbänden, Pfarr- und Kirchengemeinden und beim ehrenamtlichen Engagement – überall in unserem Land werden Gemeinschaft und Gemeinsinn gelebt. Es sind die Menschen, die Nordrhein-Westfalen mit ihrer harten Arbeit und ihrem sozialen Engagement prägen. Sie alle wollen in einem sicheren und starken Land leben. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben es verdient: Ein Land, das wieder Vorreiter und Vorbild in Deutschland ist. Ein Aufsteigerland. Ein Spitzen-Land!

Nordrhein-Westfalen wird heute unter Wert regiert. Die enormen Potenziale unseres Landes und seiner fleißigen, innovativen Bürgerinnen und Bürger bleiben aufgrund einer ebenso plan- wie phantasielosen, dafür aber regulierungswütigen Politik der rot-grünen Landesregierung ungenutzt. Als Folge dieser Politik droht Nordrhein-Westfalen in vielen Bereichen des föderalen Wettbewerbs der Bundesländer noch weiter zurückzufallen. Ob beim Wirtschaftswachstum, der Bildungsqualität, der Beschäftigungsquote, der U3-Betreuung oder der Aufklärungsrate von Straftaten: Es gibt kaum ein Thema, bei dem Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich nicht das Schlusslicht bildet. Traurige Spitzenplätze erreicht unser Land hingegen regelmäßig in Sachen Haushaltsdefizit, Stauaufkommen, Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und der steuerlichen Belastung der Bürger in den Kommunen.

Die Ursachen dieser Probleme sucht die rot-grüne Landesregierung regelmäßig bei anderen. Anstatt eigene Verantwortung für Fehlentwicklungen einzugestehen und Lösungsansätze zu entwickeln, ist regelmäßig ein die eigene Hilflosigkeit dokumentierender Ruf der Landesregierung nach Hilfe von außen vernehmbar.

Wir werden jedoch den weiteren Abstieg unseres Landes nicht taten- und kraftlos hinnehmen! Wir sind überzeugt: Wir in Nordrhein-Westfalen können mehr! Wir müssen nur die

vorhandenen Vorzüge, Ressourcen, Stärken und Potenziale dieses großartigen Landes wiederentdecken, sie fördern und ausbauen. Es ist für uns Anspruch und Ziel zugleich, unser Gemeinwesen auf der Grundlage unserer Überzeugungen und Werte so zu gestalten, dass Nordrhein-Westfalen als Land des Aufstiegs und der sicheren Lebensperspektive für seine Bewohnerinnen und Bewohner eine gute Zukunft bereithält. Aufstieg, Sicherheit und Perspektive müssen Leitmotive der nordrhein-westfälischen Landesidentität sein. Damit Nordrhein-Westfalen vorangeht, muss die Politik die richtigen Prioritäten setzen. Prioritäten, die sich den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen wie der Inneren Sicherheit, der Bildungs-, Familien- und Wirtschaftspolitik stellen und unser Land wieder zu dem machen, das die Menschen schätzen gelernt haben: Ein liebenswürdiges Land, eine starke Wirtschaftsregion, eine sichere Heimat.

2. Für ein sicheres Nordrhein-Westfalen

Die Welt ist in Unordnung. Kriege, Terror und Krisen entfalten ihre Wirkung bis nach Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Die Menschen sind verunsichert und haben Sorge um die Leistungsfähigkeit und Wehrhaftigkeit unseres Staates. Allein im Jahr 2015 wurden in Nordrhein-Westfalen mehr als 1,5 Mio. Straftaten registriert. Das waren rund eine Viertelmillion Straftaten mehr als in Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Dafür belegte Nordrhein-Westfalen mit einer Aufklärungsquote von lediglich 49,6 Prozent den letzten Platz unter den Flächenländern. Besonders deutlich wird das Versagen der Landesregierung am Beispiel der Wohnungseinbrüche. Deren Zahl lag im Jahr 2015 bei rund 62.000 Delikten, etwa 10.000 bzw. 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig sank die Aufklärungsquote landesweit im Durchschnitt auf 13,8 Prozent. Anlass zur Sorge und zu sofortigem Gegensteuern ist die Entstehung sogenannter „No-Go-Areas“ und Angsträume. In keinem anderen Bundesland duldet eine Landesregierung so offenkundig rechtsfreie Räume, wie dies in mehreren nordrhein-westfälischen Großstädten der Fall ist. Wir dürfen zu keinem Zeitpunkt die Menschen in unserem Land alleine lassen, wie zuletzt in der Kölner Silvesternacht geschehen, sondern müssen beständig Sicherheit in der Öffentlichkeit gewährleisten. Wenn in Teilen des Landes die öffentliche Sicherheit nicht mehr garantiert werden kann, weil sich Polizisten aufgrund der eigenen Gefährdungslage nicht mehr in der Lage sehen, rechtsstaatliche Ansprüche durchzusetzen, ist die Lage außer Kontrolle geraten. Die falsche oder feh-

lende Schwerpunktsetzung der rot-grünen Landesregierung im Themenfeld Innere Sicherheit macht darüber hinaus die wachsende Zahl von mehr als 500 erfassten gewaltbereiten Salafisten deutlich. Unser Land darf nicht zum Zentrum der islamistisch-terroristischen Bedrohung in Deutschland werden! Sorge bereitet auch, dass in keinem anderen Bundesland so viele Polizeibeamte Opfer einer Straftat wurden, wie in Nordrhein-Westfalen; sie und zahlreiche Feuerwehrleute und Rettungskräfte werden immer häufiger zur Zielscheibe von Hass und Gewalt. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sollen auch in Zukunft in Sicherheit leben können. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt, Kriminalität und Terrorismus hat für die CDU hohe Priorität. Die Entwicklung auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen macht deutlich, dass die rot-grüne Landesregierung in der Erfüllung einer klassischen staatlichen Kernaufgabe – des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten – kläglich versagt hat. Wir wollen deshalb die Polizei von Verwaltungsaufgaben entlasten und ihr eine Konzentration auf ihre Kernaufgaben ermöglichen. Dies erreichen wir durch die Einstellung von Polizeiverwaltungsassistenten, eine Erhöhung des Anteils der Kriminalpolizei am Gesamtpersonalbestand und eine Neuausrichtung der Polizeiausbildung und -arbeit. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen landratsgeführte Kreispolizeibehörden beibehalten. Sie gewährleisten eine bürgernahe Polizei im ländlichen Raum, die flexibel auf die besonderen Gegebenheiten vor Ort reagieren kann.

Bei der Bekämpfung der Wohnungseinbrüche müssen die polizeiinternen Schwerpunktbildungen überarbeitet werden: Anstatt ständiger „Blitzer-Marathons“ ist eine bessere Ausstattung der Ermittlungskommissionen dringend notwendig. Zudem ist dafür eine verbesserte, grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit innerhalb der Bundesrepublik und des Benelux-Vertrags und eine konsequente Nutzung moderner, computer-unterstützter Ermittlungshilfen (z. B. „predictive policing“) erforderlich. Zusätzlich werden wir nach dem Vorbild fast aller übrigen Bundesländer auch in Nordrhein-Westfalen das Instrument der verdachtsunabhängigen Kontrolle („Schleierfahndung“) einführen und setzen auf den Einsatz von Videoüberwachungstechnik an allen Kriminalitätsbrennpunkten. Wer für ein Europa der offenen Grenzen eintritt, muss verdachtsunabhängige Kontrollen im Hinterland ermöglichen. Gegen „No-Go-Areas“ helfen nur eine spürbar erhöhte Polizeipräsenz vor Ort und eine rigorose Strafverfolgung sowie dort, wo erforderlich, eine konsequente Anwendung der Sanktionsmöglichkeiten des Ausländerrechts. Die konsequente Durchführung er-

kennungsdienstlicher Maßnahmen, die Ausweitung von Intensivtäterkonzepten, die Verfolgung auch niederschwelliger Ordnungswidrigkeiten sowie die Nutzung sämtlicher Sanktionsmöglichkeiten sind notwendig, um klar zu machen: Rechtsstaat und Gesellschaft sind keinesfalls bereit, permanente Regelverstöße zu dulden – egal durch wen.

Zur wirkungsvollen Eindämmung der terroristischen Gefahr in Nordrhein-Westfalen benötigen wir neben ausgeweiteten Präventionsangeboten für ausstiegswillige Mitglieder der islamistischen und salafistischen Szene auch ein eigenes Digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten. In diesem Zusammenhang fordern wir eine verbesserte Kooperation der Landesämter für Verfassungsschutz untereinander sowie mit nationalen und internationalen Nachrichten- und Geheimdiensten sowie einen verstärkten europäischen Datenaustausch. Darüber hinaus sorgen wir für die dringend erforderliche wirkungsvolle Schutzausrüstung und Bewaffnung unserer Polizei, um den Anti-Terror-Kampf erfolgreich führen zu können.

Für die CDU Nordrhein-Westfalen steht fest: Wir unterstützen unsere Polizisten auch ideell und wollen sie rechtlich besser schützen. Wir stehen zu unserer Polizei, ohne Wenn und Aber! Wir werden daher nicht zulassen, dass Respektlosigkeit und Aggressivität gegenüber Polizisten hingenommen werden. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine ernstzunehmende Straftat. Derjenige, der Gewalt gegenüber Polizeibeamten verübt, muss dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene für die Einführung eines mit einer Mindestfreiheitsstrafe versehenen Straftatbestands (§ 112 StGB „Tätlicher Angriff auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte“) einsetzen und nach dem erfolgreichen Beispiel anderer Bundesländer auch in Nordrhein-Westfalen so genannte Body-Cams (Mini-Schulterkameras) einführen. Sie sollen nicht nur den tatsächlichen Schutz von Polizeibeamten verbessern und die beweissichere Dokumentation von Straftaten erleichtern, sondern auch eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Täter entfalten. Die von der rot-grünen Landesregierung geplante generelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte lehnen wir hingegen strikt ab, da diese die Polizei unter einen unbegründeten Generalverdacht stellt.

Innere Sicherheit ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in unseren Staat haben. Wer die Sicherheit vernachlässigt, setzt die Akzeptanz und Legitimität des Staates aufs Spiel. Das Sicherheitsgefühl ist vielen Menschen in Nordrhein-

Westfalen abhandengekommen. Es ihnen zurückzugeben ist einer der Schwerpunkte der Politik der CDU. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sollen sich auf bestehende Gesetze verlassen können. Ein starker Rechtsstaat erhält den inneren Frieden; diesem Grundsatz fühlen wir uns verpflichtet!

3. Wirtschaft stärken und Wohlstand schaffen

Die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Landesregierung ist gescheitert. Die industrielle Produktion ist auf dem Rückzug, Wertschöpfung wird aus Nordrhein-Westfalen abgezogen, die Chancen der Digitalisierung bleiben ungenutzt, die Landwirtschaft kann kaum noch kostendeckend arbeiten, Standortnachteile im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften nehmen zu und das Wachstum gegenüber vergleichbaren deutschen Bundesländern und dem bundesdeutschen Durchschnitt nimmt weiter ab.

Unser Land ist beim Wirtschaftswachstum im Ländervergleich auf dem letzten Platz angekommen – 2015: Null Prozent! Nicht nur in strukturstarken Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg, sondern auch in strukturschwachen Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg steigt die Wirtschaftskraft – nur in Nordrhein-Westfalen nicht. Während die Wirtschaft im gesamten Bundesgebiet durchschnittlich um 1,7 Prozent wuchs, stagnierte sie zwischen Rhein und Weser. Besonders alarmierend: Erstmals in der Geschichte unseres Bundeslandes ist das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen sogar unter den bundesdeutschen Durchschnitt gefallen. 1991 lag es noch fast 16 Prozent über dem Bundesschnitt. Doch seit Jahrzehnten unter SPD-geführten Landesregierungen wächst die nordrhein-westfälische Wirtschaft im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern nur unterdurchschnittlich. Diese Wachstumsücke hat zur Folge, dass dem Land und den Kommunen jährliche Steuereinnahmen von über 3 Mrd. Euro fehlen. Ohne diese Wachstumsücke könnte Nordrhein-Westfalen heute mehr als 300.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse aufweisen. Umgekehrt war Nordrhein-Westfalen im Februar 2016 das einzige Bundesland, in dem die Arbeitslosigkeit anstieg und nicht sank. Nordrhein-Westfalen liegt mit einer Arbeitslosenquote von 8,1 Prozent konstant rund 1,5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt und auf dem letzten Platz aller westdeutschen Flächenländer.

Eine weitere Folge der Wachstumsücke und der damit einhergehenden, von der derzeitigen Landesregierung zu verantwortenden, schleichenden Deindustrialisierung ist die derzeitige Zunahme von Armut in Nordrhein-Westfalen. Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zeigt, dass seit 2010 in keinem anderen westdeutschen Flächenland die allgemeine Armutsquote so stark angestiegen ist, wie in Nordrhein-Westfalen. Dies trifft insbesondere die Kinder in unserem Land. Während die Kinderarmutsquote seit 2010 bundesweit um 0,8 Prozentpunkte gestiegen ist, ist sie in Nordrhein-Westfalen im selben Zeitraum von 20,9 auf 23,6 Prozent, also um ganze 2,7 Punkte, angestiegen. Nirgendwo in Deutschland werden nach sechs Jahren Regierungszeit Kraft mehr Kinder zurückgelassen als in Nordrhein-Westfalen.

Ein Schwerpunkt der CDU Nordrhein-Westfalen liegt daher darauf, die Wirtschaft zu stärken und wettbewerbsfähig zu machen. Denn nur eine starke Wirtschaft schafft und erhält Wohlstand und ist damit die beste Sozialpolitik. Nur so haben Menschen Zukunftschancen und Perspektiven. Und nur ein stabiles Wirtschaftswachstum ermöglicht langfristig auch eine Konsolidierung des Landeshaushalts.

Nordrhein-Westfalen benötigt dringend Impulse für Investitionen, Produktion und Wertschöpfung, um Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Dafür sind eine Entlastungs- und eine Zukunftsoffensive notwendig, die den Standort Nordrhein-Westfalen für etablierte kleine, mittlere und große Unternehmen wieder attraktiver gestalten, neue Betriebe und Investitionen anziehen und Existenzgründungen sowie das Entstehen erfolgreicher Startups und Innovationen befördern. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen sowie die Gesellschaft wird auf allen Ebenen von der digitalen Transformation erfasst werden. Wir müssen den Anspruch haben, dass Nordrhein-Westfalen die Digitalisierungschancen ergreift und bundesweit an der Spitze der Entwicklung steht. Deshalb muss die Zukunftsoffensive muss den Auf- und Ausbau von Digital Hubs im Umfeld von Hochschulstandorten beinhalten und eine gezielte Vernetzung der Start-Up-Standorte, Inkubatoren, Großindustrie und mittelständischen Unternehmen umfassen zur Hebung sogenannter „Schwarmintelligenz“ und zur Etablierung von „Wirtschaft 4.0“. Die CDU Nordrhein-Westfalen möchte den Mittelstand dafür sensibilisieren und bei der Umsetzung unterstützen. Die Zukunftsoffensive für Start-Ups sowie kleine, mittlere und große Unternehmen muss zu-

dem einen flächendeckenden Breitbandausbau und eine bessere steuerrechtliche Berücksichtigung von Risikokapital sicherstellen. Die Entlastungsoffensive muss sich dabei insbesondere auf den Abbau von Wachstumsbremsen fokussieren. Dazu gehören ein Abbau von überflüssigen Gesetzen und Verordnungen, eine effiziente und marktorientierte Energiepolitik sowie ein wirtschaftsfreundlicher Landesentwicklungsplan, der Wachstum und Beschäftigungsentwicklung verpflichtet ist. Das bürokratische und verfehlte Tariftreue- und Vergabegesetz muss sofort abgeschafft, das Klimaschutzgesetz und der nur Nordrhein-Westfalen ausbremsende Klimaschutzplan müssen zurückgenommen und an einer europäischen Lösung ausgerichtet werden. Unsere starke heimische Land- und Forstwirtschaft darf nicht durch immer neue Regeln, wie durch das geplante Landesnaturschutz-, Landesforstwirtschaft- und Landeswassergesetz, in die Unrentabilität getrieben werden. Es gilt zudem, schnell solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die den nordrhein-westfälischen Kommunen wachstumsfreundliche und im Vergleich mit anderen Bundesländern wettbewerbsfähige Grund- und Gewerbesteuerhebesätze ermöglichen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum und arbeitet für das Industrieland Nordrhein-Westfalen. Gerade die jüngere Geschichte mit den Finanz- und Wirtschaftskrisen hat gezeigt, wie wichtig industrielle Kerne für das erfolgreiche Funktionieren der gesamten Volkswirtschaft eines Landes sind. Darum sind Energiewirtschaft, Chemie- und Stahlindustrie in der ersten und die verarbeitende Industrie in der zweiten Stufe wichtige Eckpfeiler unserer Ökonomie. Deren Bedeutung darf sich nicht auf eine Erwähnung in Sonntagsreden beschränken. Sie muss sich vielmehr in der Schaffung der alltäglichen Rahmenbedingungen widerspiegeln. Für ein langfristig positives Wirtschaftswachstum in allen Regionen Nordrhein-Westfalens brauchen wir nachhaltige Strukturen. Wir wollen komplette Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen erhalten und auch in den digitalen Raum verlängern. Darum werden wir Sorge dafür tragen, dass auch die oben genannten Branchen gute Standortbedingungen vorfinden. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu der besonderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung von Handwerk und Mittelstand. Sie sind ein unverzichtbares Fundament für Qualifizierung, Beschäftigung und Innovation und stehen mit ihren eigentümergeführten Unternehmen für eine vielseitige, dezentrale Verantwortungskultur, wie sie unserem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft entspricht. Gesetzgebung und Verwaltung müssen auf allen Ebenen mittelstandsfreundlich ausgerichtet sein

und sich bei Vergabe am Grundsatz eines fairen Leistungswettbewerbs für kleine und mittlere Unternehmen orientieren.

4. Leistungsstarke Infrastruktur

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur leidet unter erheblichen Versäumnissen der rot-grünen Landesregierung. Noch immer gibt es beim Breitbandausbau zahlreiche weiße Flecken auf der Landkarte. Der ländliche Raum und viele Gewerbegebiete mit mittelständischen Unternehmen sind nicht oder nur zum Teil mit leistungsfähigen Internetanschlüssen versorgt. Fast 60 Prozent der Privathaushalte und sogar rund 90 Prozent der Gewerbegebiete außerhalb der Ballungsräume verfügen in diesem Land über keinen Anschluss an die schnelle Datenautobahn. Die Folgen sind eine landesweit miserable Investitions- und Gründungsquote und, damit einhergehend, der Verlust von Wachstumspotentialen und somit von möglichen Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen. Zudem beschleunigen diese Defizite die Auswirkungen des demographischen Wandels in ländlichen Regionen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes auf den konsequenten Ausbau der digitalen Infrastruktur. Ziel ist die flächendeckende Bereitstellung eines leistungsfähigen Breitbandnetzes. Wir wollen Nordrhein-Westfalen mit einem intelligenten Technologiemix zum Spitzenland auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft entwickeln. Gerade in den ländlich geprägten Wachstumsregionen unseres Landes und in den Orten mit bisher unzureichender Vernetzung ist schnelles Internet Voraussetzung für erfolgreiches Agieren auf den Weltmärkten. Dafür muss das Land die Mittel für den Breitbandausbau deutlich erhöhen und die Zugangsvoraussetzungen gerade für finanziell schwache Kommunen senken. Für den Übergang in die Gigabit-Gesellschaft ist eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur bis zum Endkunden zwingend notwendig. Angesichts der rasant wachsenden Herausforderungen der Digitalisierung brauchen die deutschen Unternehmen aus Industrie, Mittelstand, Handwerk, Handel, Dienstleistungssektor und Landwirtschaft flächendeckend Breitbandkapazitäten, die weit über 50 Mbit/s hinausreichen. Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich für eine Verdoppelung der digitalen Dividende (Mittel aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen) aus dem Jahr 2016 sowie deren Aufstockung um mindestens 100 Mio. Euro in den Folgejahren 2017 bis 2019 durch freiwerdende Mittel aus dem Abbau der Steinkohleförderung aus. Wir wollen bisherige Vergangenheitslasten in

die Zukunftsfähigkeit unseres Landes investieren – so, wie es den Menschen im Ruhrgebiet beim Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung zugesagt worden ist.

Gütertransport und Reisen von Menschen werden durch die Digitalisierung nicht überflüssig. Im Gegenteil: Digitalisierung führt zu einer weiteren Vernetzung der Wirtschaft und Lieferungen müssen passgenau erfolgen. Das wird zu einer Zunahme des Gütervolumens führen. Angesichts der schon jetzt erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden durch Staus und Verkehrsengpässe wollen wir die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur zu einem Schwerpunkt der Landespolitik machen. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur steht nicht im Widerspruch zur Sanierung, Modernisierung und Verbesserung der analogen Verkehrswege. Beides sind Zukunftsaufgaben, die parallel vorangetrieben werden müssen. In Nordrhein-Westfalen sorgen marode Brücken und Straßen für Verkehrschaos und täglich hunderte Kilometer Stau. Die rot-grüne Verkehrspolitik ist geleitet von falschen Grundannahmen, Versäumnissen und Missmanagement. So gab es 2015 in Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 322.633 Staukilometern fast genauso viele Staus wie in Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Fast eine Verdoppelung gegenüber der Zahl in 2012. Damit ist Nordrhein-Westfalen Deutschlands Stauland Nr. 1! Trotzdem musste Nordrhein-Westfalen im Jahr 2013 48 Mio. Euro nicht verbauter Bundesmittel für den Fernstraßenbau zurückgeben. Im Jahr 2015 gingen die investiven Mittel in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr um 79 Mio. Euro auf nur noch insgesamt 737 Mio. Euro zurück. Zeitgleich erhielt das einwohnerstärkste Bundesland aus den Sonderprogrammen des Bundes für die Bundesfernstraßen (2,7 Mrd. Euro / Anteil NRW 128 Mio. Euro) bzw. die Brückenmodernisierungen (360 Mio. Euro / Anteil NRW 70 Mio. Euro) aufgrund nicht fertiggestellter Planungen erheblich weniger, als ihm eigentlich zugestanden hätte. Am deutlichsten zeigt sich das Defizit an baureifen Projekten in dem Ergebnis der europäischen Ausschreibung für EU-Infrastrukturförderung entlang europäischer Verkehrsachsen. Obwohl Nordrhein-Westfalen im Fadenkreuz europäischer Verkehrsachsen liegt, flossen von 1,7 Mrd. Euro EU-Förderung für Projekte in Deutschland ganze 90 Mio. Euro nach Nordrhein-Westfalen. Wo es keine baureifen Projekte gibt, kann kein europäisches Geld investiert werden. Die rot-grüne Landesregierung lässt kostbare Infrastrukturunterstützung aus Brüssel liegen.

Eine leistungsfähige, bedarfsgerechte und vorausschauende Infrastrukturmodernisierung ist ein zentraler Wachstumsmotor für Nordrhein-Westfalen. Verkehrspolitik ist immer auch

Wirtschaftspolitik. Voraussetzung für Investitionen ist jedoch, eine entsprechende Anzahl von Planfeststellungsverfahren vorweisen zu können, damit Mittel des Bundes und der EU auch in voller Höhe abgerufen werden können. In diesem Rahmen ist die Anlage eines Planungsvorrats in einem Volumen von mindestens 1 Mrd. Euro nötig, um entsprechende Bundesfördermittel im größtmöglichen Umfang abrufen zu können. Gleichzeitig müssen der Landesbetrieb Straßenbau endlich richtig reformiert und zeitgemäß umgestaltet sowie ein professionelles Management der Autobahnbaustellen umgesetzt werden. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 bietet für den Aus- und Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen, aber auch bei der Verbesserung der Infrastruktur von Schienen und Wasserwegen für ganz Nordrhein-Westfalen gute Realisierungsperspektiven und eine solide Finanzierung. Nach der Zusage aus Berlin wird eine CDU-geführte Landesregierung endlich für eine zügige Planung der Vorhaben Sorge tragen. Sie muss einen Masterplan zur Beschleunigung der Planungsverfahren vorlegen, damit auch möglichst viele der im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthaltenen Projekte realisiert werden können. Die Landesregierung muss des Weiteren für alle Straßenprojekte des vordringlichen Bedarfs konkrete Aussagen treffen, bis wann die Planungen Baureife erlangen sollen. Um den Bundesfernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen voranzubringen, bedarf es aber auch der Nutzung „Öffentlich-Privater-Partnerschaften“. Ohne Öffentlich-Private Partnerschaften kann der riesige Investitions- und Sanierungsstau nicht überwunden werden. Deshalb werden wir die Möglichkeiten von ÖPP-Projekten umfassend nutzen und die aktuellen bzw. künftigen ÖPP-Finanzierungsangebote der Bundesregierung annehmen und implementieren. Den Bau und Erhalt unserer Landesstraßen wird die CDU durch Umschichtungen im Haushalt weg von konsumtiven und hin zu investiven Ausgaben forcieren.

5. Gute Bildung ermöglicht Wohlstand, Unabhängigkeit und Aufstiegschancen

Bildung bestimmt das Leben eines jeden Einzelnen, so wie sie die Zukunftschancen unseres ganzen Landes beeinflusst. Die CDU Nordrhein-Westfalen versteht Bildung und Erziehung als umfassenden Prozess, dessen einzelne Elemente untrennbar aufeinander bezogen sind. Ziel ist die freie Entfaltung der Persönlichkeit in all ihren sozialen Bezügen. Deshalb ist Bildung der Schlüssel für individuelles Lebensglück; sie hilft unsere Werte zu bewahren und unseren Wohlstand zu mehren. Aus diesem Grund lässt sich gute Bildungspolitik nicht nur

an Bildungsabschlüssen, sondern vor allem an den Lebenschancen junger Menschen nach Verlassen der Schule messen.

Die CDU hat sich das Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen zu einem modernen Aufsteigerland zu machen. Wir wollen ein Land, in dem jeder die Chance erhält, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Ein modernes Aufsteigerland zeichnet sich durch ein vielfältiges, differenziertes, aber durchlässiges Bildungssystem aus, das den individuellen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Interessen der Kinder und Jugendlichen unabhängig von deren Herkunft oder Nationalität gerecht wird und Integration ermöglicht. Jedes Land und gerade auch Nordrhein-Westfalen lebt vielmehr von der Vielfalt seiner Menschen und ihrer Begabungen. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind für eine arbeitsteilige Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb unverzichtbar. Dank unseres differenzierten Bildungswesens und des Prinzips der dualen Ausbildung haben wir unter den führenden Industrienationen der Welt in Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Vor allem das duale Ausbildungssystem entwickelt sich zu einem weltweiten Exportschlager. Diesen Vorteil müssen wir erhalten, weiter ausbauen und nicht schwächen oder gar schrittweise abschaffen. Deshalb wollen wir eine Stärkung unserer Berufskollegs und Bildungszentren der Wirtschaft. Wir brauchen auch in Zukunft Handwerker und Facharbeiter und setzen uns deshalb insbesondere für den Erhalt des Meisterabschlusses ein.

Wir erkennen darüber hinaus den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Bildung und Kultur. Kultur gehört zur menschlichen Existenz und ist Grundlage der Gesellschaft und des Staates. Sie ist aber auch ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Doch weder für kulturelle Bildung noch für den Wert von Kulturgütern besitzt die gegenwärtige Landesregierung ein angemessenes Gespür, wie der Umgang mit Kunstwerken im Landesbesitz eindrucksvoll bewiesen hat. Rot-Grün gefährdet das reiche kulturelle Erbe unseres Landes. Wir werden der Kultur wie auch der kulturellen Bildung den hohen Stellenwert zurückgeben, der ihr unter der CDU-geführten Landesregierung zugekommen ist.

Anstatt Rahmenbedingungen für gute Bildung vorzuhalten, betreibt die rot-grüne Landesregierung jedoch eine ebenso ideologisierte wie kurzsichtige Bildungspolitik auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern. Ob bei der frühkindlichen Bildung, der planlosen und unterfinanzierten Inklusion, der digitalen Bildung, dem Unterrichtsausfall, dem Schulleitermangel oder dem schlechten Zustand der Schulen – immer

wieder werden die falschen Prioritäten gesetzt. Die nordrhein-westfälische Bildungskette ist an vielen Stellen gerissen. Die notwendige Förderung bleibt auf der Strecke. Nordrhein-Westfalen ist erneut Schlusslicht: In keinem Flächenland ist die Bildungsarmut laut Bildungsmonitor 2015 größer als in Nordrhein-Westfalen und nirgends ist der Anteil erfolgreicher Absolventen von Berufsschulen, Fachoberschulen und Fachschulen so niedrig wie hier (67 statt 80,2 Prozent im Bundesdurchschnitt). Dafür hat Nordrhein-Westfalen die im Schnitt größten Schulklassen aller deutschen Länder und die schlechteste Lehrer-Schüler-Relation. Auch in Sachen Unterrichtsausfall (strukturell wie situativ) dürfte Nordrhein-Westfalen bundesweit an der Spitze liegen, doch Schulministerin Löhrmann verweigert sich seit Jahren einer flächendeckenden Erfassung der tatsächlich ausfallenden Stunden. Dabei geht ausfallender Unterricht insbesondere zu Lasten derjenigen Schülerinnen und Schüler, die durch ihr familiäres und soziales Umfeld benachteiligt sind. Jede ausgefallene Stunde ist ein Verlust an Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen. Auch aus diesem Grund sind die weitreichenden Beschwerden von Schülern, Eltern und Lehrern über eine unzureichende Umsetzung der Schulzeitverkürzung nachvollziehbar. Zugleich leiden die Schulen in Nordrhein-Westfalen unter einem eklatanten Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern für Schulleiterstellen; über 700 Schulen, davon allein 345 Grundschulen, verfügen derzeit nicht über einen Rektor oder eine Rektorin. Insgesamt sind auch 1.248 stellvertretende Schulleitungen nicht besetzt. Hinzu kommen ein erheblicher Renovierungstau an zahlreichen Schulgebäuden sowie eine völlig unzureichende Ausstattung der Schulen für digitalen Unterricht. Auf die Unterrichtung von ca. 40.000 bis 80.000 Flüchtlingskindern in den kommenden Jahren ist das Land so gut wie nicht vorbereitet. Die vorgesehenen rund 5.700 neuen, allerdings befristeten Lehrerstellen reichen hierfür nicht aus, weil allein gut 4.000 davon schon für die Deckung des ohnehin bestehenden Grundbedarfs benötigt werden.

Schließlich hat kein anderes Bundesland die Inklusion an den Regelschulen so überhastet und unzureichend umgesetzt wie Nordrhein-Westfalen. Es fehlt überall an sonderpädagogischer Unterstützung, an benötigten Räumen und Material für differenzierten Unterricht und an Fortbildungsangeboten. Zudem fehlen mindestens 7.000 zusätzliche entsprechend ausgebildete Fachlehrer. Hinzu kommt: Förderschulen werden geschlossen, was die Wahlfreiheit der Eltern massiv einschränkt und den Druck auf die Regelschulen erhöht, ohne dass diese ein qualitativ vergleichbares Unterrichtsniveau anbieten könnten. Diese Entwicklung

muss gestoppt werden, damit eine Wahlfreiheit für die Betroffenen bleibt. Denn die schulische Inklusion wird über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchgesetzt, es fehlt ein stimmiges organisatorisches und pädagogisches Gesamtkonzept. Doch die Schulministerin weigert sich hartnäckig, Qualitätsstandards für inklusiven Unterricht zu definieren, weshalb der allgemeine Verlust an Unterrichtsqualität auf Kosten der Schülerinnen und Schüler sowie zu Lasten der Lehrerinnen und Lehrer unvermeidlich ist. Inklusion an Regelschulen muss voraussetzen, dass vorher die baulichen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen dafür in vollem Umfang hergestellt worden sind.

Die CDU setzt sich für Qualität und Verlässlichkeit in der nordrhein-westfälischen Schulpolitik ein. Wir werden für eine schulscharfe digitale Erfassung des Unterrichtsausfalls sorgen und Schulverwaltungsassistenten einführen, welche die Lehrerinnen und Lehrer zugunsten der Unterrichtserteilung von bürokratischen und schulorganisatorischen Aufgaben entlasten sollen. Für die schnelle schulische Versorgung der Flüchtlingskinder benötigen wir u.a. eine größere und vor allem unbürokratische Aktivierung geeigneter pensionierter Lehrerinnen und Lehrer, mehr Flexibilität bei der Qualifikation von Lehrkräften für das Fach „Deutsch als Fremdsprache“ und eine Unterstützung der Schulen durch Psychologen und Schulsozialarbeiter bei der Betreuung traumatisierter Kinder. Ferner erforderlich sind die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für berufsschulpflichtige Flüchtlinge mit dem Ziel eines berufsqualifizierenden Abschlusses sowie Konzepte zur Vermittlung unserer demokratischen Grundprinzipien und kulturellen Werte. Eine höhere Zahl von Schulleitern werden wir nur durch eine weitere Entlastung bei der Pflichtstundenzahl, vor allem aber durch eine angemessene Besoldung, erreichen können. Die Mängel an Schulgebäuden sowie die Defizite bei der digitalen Bildung lassen sich nur durch ein umfassendes digitales Bildungskonzept und eine Erhöhung der Investitionspauschale des Landes beheben. Die Mittel hierzu müssen durch Umschichtungen im Haushalt und insbesondere durch sachgerechte Verwendung der vom Bund übernommenen und daher für das Land frei gewordenen BAföG-Mittel erwirtschaftet werden.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist der Überzeugung, dass ein breites schulisches Angebot auch für Kinder mit Beeinträchtigung richtig und notwendig ist. Wir stehen zur schulischen Inklusion. Sie ist ein wichtiges Ziel und zugleich eine große Herausforderung für die Lehrerinnen und Lehrer sowie für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. Zugleich erkennen wir den

Wert der Förderpädagogik ausdrücklich an. Bei der Umsetzung der Inklusion muss jedoch das Wohl der Kinder und Jugendlichen mit und ohne Beeinträchtigungen alleiniger Maßstab sein. Wir sind der Auffassung, dass viele Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigung erfolgreich an Regelschulen lernen können. Für andere Kinder und Jugendliche bieten die speziellen Möglichkeiten der Förderschule bessere Voraussetzungen. Daher sollen Eltern nach individueller, neutraler Beratung selbst entscheiden können, wo ihr Kind am besten gefördert wird: in einer Regelschule oder in einer Förderschule. In Nordrhein-Westfalen sollen deshalb die Eltern jedes Kindes, das sonderpädagogische Förderung benötigt, neben dem Rechtsanspruch auf inklusiven Unterricht in Regelschulen auch einen Rechtsanspruch auf Unterrichtung ihres Kindes in einer Förderschule in zumutbarer Nähe erhalten. Um wirkliche Wahlfreiheit gewährleisten zu können, müssen die Regelschulen den Anforderungen des inklusiven Unterrichts entsprechend ausgestattet werden. Ebenso muss der Fortbestand von Förderschulen gewährleistet sein, die auch Kooperationen mit allgemeinen Schulen unter einem Dach eingehen können. Wir werden zudem alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, um den beeinträchtigten Jugendlichen je nach Befähigung auch eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Eine gelungene Inklusion setzt ferner eine entsprechende Ressourcenausstattung der Schulen, garantierte Fortbildungs- und Beratungsmodule für Lehrerinnen und Lehrer, eine ausreichende Anzahl von Sozialpädagogen und Schulsozialarbeitern sowie deren volle Einbindung in die Kollegien der allgemeinen Schulen voraus.

Der Mensch beginnt für uns nicht erst mit Abitur und Studium. Obwohl wir akademische und berufliche Bildung als gleichwertig ansehen, sind Wissenschaft und Forschung für sämtliche Bereiche unseres Lebens und der Entwicklung unseres Landes von größter Bedeutung. Dies zeigt sich auf so wichtigen Feldern wie dem medizinischen Fortschritt, der Energieversorgung, dem Klimaschutz, der Zukunft von Mobilität jeder Art oder sicheren Kommunikationswegen. Der Erfolg der Wirtschaft, die Sicherung unseres Wohlstandes, das kulturelle und ideelle Erbe der Gesellschaft und die gesamte Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängen unmittelbar mit der Qualität und der Innovationsfähigkeit des Hochschulstandortes Nordrhein-Westfalen zusammen. Deshalb wollen wir die Wissenschaft in unserem Land stärken und nicht schwächen, wie dies unter rot-grüner Verantwortung mit unterfinanzierten bzw. überfüllten Hochschulen seit 2010 permanent geschieht. Kein anderes Bundesland hat eine

derart ungünstige Relation von Hochschullehrern und Studierenden wie Nordrhein-Westfalen. Ein weiteres Kernelement unserer Wissenschaftspolitik ist neben einer besseren materiellen Ausstattung aber vor allem die Verteidigung der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre, denn nur Freiheit des Denkens schafft den nötigen Raum für Kreativität, Fortschritt und grundlegenden Erkenntnisgewinn. Hochschulfreiheit, wie sie 2006 mit dem Hochschulfreiheitsgesetz gewährleistet wurde, ist die Voraussetzung für erfolgreiche Universitäten und Fachhochschulen. Diese Voraussetzung hat die Landesregierung durch ihre Hochschulgesetzgebung bewusst und gezielt beseitigt. Ministerielle Regulierung, Kontrolle und Gängelung ersticken die reichen Potentiale unserer Hochschulen, schränken ihre Kooperationsfähigkeit mit der regionalen Wirtschaft ein und relativieren den Standortvorteil Nordrhein-Westfalens als dichtester Hochschullandschaft Europas erheblich. Wir aber wollen an die erfolgreiche Hochschulära der Jahre 2005 bis 2010 wieder anknüpfen und das Hochschulfreiheitsgesetz erneuern.

6. Familienpolitik als aktive Zukunftssicherung

Eine weitere Voraussetzung für den sozialen Aufstieg liegt neben der Bildung in starken Familien. Familien geben Halt, machen Mut, sind ein Leben lang Begleiter. Wir als CDU halten am vorstaatlichen, subsidiären Charakter der Familie als kleinster und wichtigster gesellschaftlicher Einheit fest und nehmen den Auftrag von Artikel 6 unserer Verfassung, nach dem Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates stehen, ernst. Die Familie stellt das zuverlässigste soziale Netz in unserer Gesellschaft dar. Deshalb ist sie besonders zu schützen und zu unterstützen. Ohne Familien hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Kinder wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. Wir fordern, dass Familienarbeit im Allgemeinen, insbesondere aber Erziehungs- und Pflegeleistungen, eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung erfahren – nicht zuletzt tragen Familien maßgeblich dazu bei, dass der Generationenvertrag eingehalten werden kann. Der Staat hat den Familien dabei nicht vorzuschreiben, wie sie ihr Leben zu führen haben, sondern das selbstbestimmte Leben mit Kindern zu erleichtern. Zu einer modernen Familienpolitik gehört es, Vertrauen in die Familien zu haben. Eine Familienpolitik, die Familien rein defizitorientiert betrachtet, missachtet die Familie. Um das selbstbestimmte Leben von Eltern mit Kindern zu erleichtern, benötigt es Rahmen-

bedingungen in einer sich stetig verändernden Gesellschaft. Dazu gehört für uns eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Partner und eine echte Wahlfreiheit, die eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Kindertagesbetreuungsplätzen einschließt, deren Nutzung aber nicht Pflicht ist. Wichtig sind auch familienpolitische Maßnahmen zur Entschleunigung der „Rush Hour des Lebens“, denn die kumulierten Anforderungen, die auf junge Menschen ab Mitte 20 einstürzen, sind ein Grund für niedrige Geburtenraten und steigendes Erstgebärendenalter.

Bis zur Jahrtausendwende hat Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung so gut wie keine Rolle gespielt. Sie war nie ein eigenständiger Bereich der Landespolitik. Die damaligen Versäumnisse wirken sich bis in unsere Gegenwart aus. So etwa bei der Betreuung von Kleinkindern: Erst mit dem Kinderbildungs-gesetz unter der CDU-geführten Landesregierung wurden zwischen 2005 und 2010 die Voraussetzungen für den quantitativen und qualitativen Ausbau von U3-Plätzen geschaffen. Das Angebot stieg in nur 5 Jahren von 11.800 auf 90.000 Plätze. Seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün sind wir entgegen aller vollmundigen Ankündigungen auf diesem Gebiet jedoch nicht mehr wesentlich vorangekommen. Zum Stichtag 1. März 2015 wurden in Nordrhein-Westfalen etwa 118.000 Kleinkinder in Tagesstätten betreut, was einer Quote von 25,8 Prozent entspricht und damit der niedrigsten Quote aller Bundesländer. In fünf Jahren schaffte Rot-Grün damit gerade einmal 28.000 neue Plätze, das bedeutet durchschnittlich 5.600 pro Jahr und damit lediglich ein gutes Drittel der unter CDU-Verantwortung erreichten Werte.

Familien und insbesondere Alleinerziehende benötigen besondere Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Folge des schlechten Angebots an Kinderbetreuung ist die niedrige Erwerbsquote von Frauen im Allgemeinen und Alleinerziehenden im Besonderen. Nordrhein-Westfalen ist auch in diesem Bereich unter der rot-grünen Landesregierung mit nur 28 Prozent der Frauen in Vollzeit Schlusslicht geworden. Frauen mit Kindern haben in unserem Land offenbar größere Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt und beim Wiedereinstieg in den Beruf.

Hier liegt auch einer der Gründe dafür, weshalb die Landesregierung an ihrem Anspruch gescheitert ist, „kein Kind zurücklassen“ zu wollen. Im gleichen Zeitraum von 2010 bis 2014 ist die Kinderarmutsquote in Nordrhein-Westfalen nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung

um 2,7 Prozent (Bundesdurchschnitt: +0,8 Prozent) von 20,9 auf 23,6 Prozent angestiegen – ein trauriger Rekord unter den westdeutschen Flächenländern. Nach Auffassung aller Experten ist der zentrale Grund für Kinderarmut die Erwerbslosigkeit der Eltern. Die beste Prävention gegen Kinderarmut ist daher eine Politik für mehr Arbeitsplätze und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir brauchen vor diesem Hintergrund nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch eine Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung. Der von der CDU Regierung auf den Weg gebrachte Bildungsrahmen von 0 bis 10 Jahre muss mit Leben erfüllt werden, damit Mütter und Väter sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder während ihrer Erwerbstätigkeit gut betreut werden. Um dies zu gewährleisten muss die Arbeit von Erziehern und Pflägern mehr wertgeschätzt werden. Wir wollen Anreize schaffen, dass sich mehr Männer und Frauen für diese Berufe entscheiden.

Dort, wo Familien Begleitung und Unterstützung bei der Bewältigung ihres Lebensalltags benötigen, werden wir ihnen zur Seite stehen. Das in der CDU-Regierungsverantwortung entwickelte Erfolgsmodell „Familienzentrum“ ist daher konsequent weiter auszubauen und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Die unter dem Dach der Familienzentren gebündelten Angebote der Familienberatung und -bildung sind finanziell abzusichern, damit der niedrigschwellige Zugang für die Familien gesichert bleibt. Die CDU wird die Kommunen beim weiteren Auf- und Ausbau familienfreundlicher Strukturen, wie z. B. der Einführung von Familienwegweisern, unterstützen. Die nordrhein-westfälische CDU wird sich auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Ehegattensplittings einsetzen und ein sozial gerechtes Familiensplitting anstreben. All das wollen wir in enger Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen familienpolitischen Akteuren, wie Elternverbänden, Kirchen, Sozialverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern, den nordrhein-westfälischen Stiftungen und der Wissenschaft, erreichen. Schließlich wird der bedarfsgerechte weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung auf die Bedürfnisse der Eltern Rücksicht nehmen und gezielt die Erfordernisse der Randzeitenbetreuung berücksichtigen.

7. Solide Finanzen sind die Basis einer zukunftsgerichteten Politik

Eine solide finanzielle Basis ist die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Staates. Nur mit gesunden Finanzen lässt sich die Zukunftsfähigkeit eines Landes dauerhaft sichern.

In Nordrhein-Westfalen ist diese finanzielle Basis über Jahrzehnte hinweg verspielt worden. Seit 1973 hat unser Land die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit kontinuierlich überschritten. In dieser Zeit ist es versäumt worden, die strukturellen Probleme unseres Landes und seiner Kommunen zu lösen, seine Wirtschaftskraft zu stärken und den Landeshaushalt wirklich zu konsolidieren. Deswegen werden die staatlichen Handlungsspielräume von Jahr zu Jahr kleiner. Die Schulden von gestern und heute beeinträchtigen die öffentliche Finanzlage von morgen und reduzieren damit die Gestaltungsmöglichkeiten und Entwicklungschancen unserer Kinder und Enkelkinder.

Nordrhein-Westfalen hat seit 1973 einen Gesamtschuldenstand von rund 140 Mrd. Euro angehäuft, den höchsten aller deutschen Länder. Im gleichen Zeitraum zahlte das Land an die Banken und privaten Kreditgeber Zinsen in einer Gesamthöhe von mehr als 136 Mrd. Euro (ohne Tilgung). Lediglich 4 Mrd. Euro verblieben demnach netto für investive bzw. konsumtive Ausgaben des Landes, unabhängig von ihrer jeweiligen Sinnhaftigkeit. Bereits nach 13 Jahren sozialdemokratischer Schuldenpolitik hatten die Zinslasten in Nordrhein-Westfalen die Höhe der jährlichen Nettoneuverschuldung erreicht; seit 1986 zahlt der Finanzminister mit wenigen Ausnahmen Jahr für Jahr mehr für Zinsen, als er am Kreditmarkt an neuen Schulden aufnimmt. Dies trifft auch auf die aktuelle rot-grüne Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen zu. Einer Neuverschuldung von 19 Mrd. Euro seit 2010 stehen trotz einer historischen Niedrigzinsphase Zinsausgaben von insgesamt 23,8 Mrd. Euro gegenüber. Somit ist kein einziger Euro, den die Regierung Kraft aufgenommen hat, wirklich in Schulen, Kinderbetreuung, Infrastruktur, Familienförderung oder Forschung investiert worden. Deutlicher kann das von der Ministerpräsidentin vertretene Prinzip einer „präventiven Finanzpolitik“ („Die Schulden von heute sind die soziale Rendite von morgen“) gar nicht widerlegt werden. Nicht die „schwarze Null“ ist unsozial, sondern ihre ständige Ablehnung und Missachtung! Gleichzeitig führt die hohe Schuldenlast zu immer niedrigeren staatlichen Investitionsquoten sowie zu einer überdurchschnittlichen Belastung der Kommunen. Die logische Folge ist das seit ca. 30 Jahren bestehende unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im potenziell wirtschaftsstärksten Bundesland, was sich wiederum negativ auf die Einnahmeseite des Landeshaushalts auswirkt und – bei ausbleibendem Sparwillen – neue Schulden provoziert. Ein Teufelskreis.

Ungeachtet dessen ist bei der rot-grünen Landesregierung kein Umdenken erkennbar. Im Gegenteil! Trotz 33,6 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen und 9,6 Mrd. Euro Zinsminderausgaben im Vergleich zum letzten CDU-FDP-Landeshaushalt im Jahr 2010 gelingt es der Regierung Kraft nicht, wenigstens einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen. Im Jahr 2015 wies Nordrhein-Westfalen mit 1,8 Mrd. Euro erneut die höchste Nettoneuverschuldung aller Bundesländer auf und erwirtschaftete ein Defizit von 684 Mio. Euro, während alle übrigen Länder zusammen einen Überschuss in Höhe von mehr als 2,8 Mrd. Euro erzielten.

Wie wenig Willen und Fähigkeit die rot-grüne Landesregierung zum soliden Haushalten besitzt, wird allein daran deutlich, dass das Volumen des aufgrund angekündigter Nachtrags Haushalte nur vorläufigen Haushaltsplanes für das Jahr 2016 70 Mrd. Euro gegenüber 53 Mrd. Euro im Jahr 2010 beträgt. Das entspricht einer Steigerung von mehr als 32 Prozent innerhalb von sechs Jahren. Hinzu kommt eine verheerende Finanzlage unserer Kommunen. Funktionierende kommunale Strukturen sorgen für Stabilität, Wohlstand und Sicherheit. Kommunale Selbstverwaltung gewährleistet Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land. Starke, leistungsfähige und lebenswerte Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Nordrhein-Westfalen sind ein wesentlicher Grund für Erfolg unseres Landes. Wir sind davon überzeugt, dass öffentliche Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und entsprechend dem Grundsatz der Subsidiarität möglichst dort erledigt werden, wo sich die Herausforderungen stellen. Demgemäß hat auch die Finanzausstattung der kommunalen Arbeit angemessen zu erfolgen. Während bundesweit die Kommunen 2015 einen Überschuss von 3,2 Milliarden Euro ausweisen können, haben die nordrhein-westfälischen Kommunen im Finanzierungssaldo ein Minus von rund 583 Millionen Euro ausgewiesen. Das daraus resultierende Investitionsdefizit sorgt bei unseren Kommunen dafür, dass Impulse für die Wirtschaft fehlen und Infrastruktur marode bleibt. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes weiter eingeschränkt. Für die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinde in Nordrhein-Westfalen müssen endlich Veränderungen angegangen werden, um eine gerechte, transparente und faire Entwicklung der kommunalen Finanzen zu erhalten. Dabei sind Konnexität, Subsidiarität und Eigenverantwortung wichtige Leitlinien unseres Handelns.

Für die CDU besitzt eine solide Haushaltspolitik in unserem Land hohe Priorität. Unsere Finanzpolitik orientiert sich strikt am Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir werden sämtliche Ausgaben und Aufgaben einer kritischen Prüfung unterziehen und auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit hin überprüfen. Ausgaben und Maßnahmen, welche ihren Zweck nicht erfüllen oder überflüssig sind, müssen ersatzlos wegfallen. Eine effektive Haushaltskonsolidierung setzt neben einer Steigerung der Einnahmen durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum eine konsequente Begrenzung des Ausgabenanstiegs voraus. Um die Schuldenbremse einhalten zu können, muss der Ausgabenzuwachs kontinuierlich unter dem Einnahmezuwachs liegen. Haushaltskonsolidierung in diesem Sinne erfordert die Konzentration auf vorrangige Politikfelder. Bei notwendigen Mehrausgaben in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit und Integration ist strikt darauf zu achten, dass ihre Finanzierung durch Einsparungen an anderer Stelle dauerhaft gesichert ist. Überflüssige Förderprogramme und unnötige Personalaufstockungen in der Ministerialbürokratie, so z. B. im Umweltministerium, sind zu streichen. Einsparpotential gibt es auch bei den zahlreichen Gutachten, Untersuchungen, Dokumentationen und bei Veranstaltungen bzw. der Öffentlichkeitsarbeit insgesamt. Politische Verantwortung zu tragen heißt, Prioritäten zu setzen.

Wir werden Nordrhein-Westfalen zu einem Land mit Zukunft formen, einem Land, das seinen Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit gewährt und persönlichen Aufstieg möglich macht. Ein Land mit neuen Perspektiven. Ein vitales, starkes Land der alten Erfahrungen und neuen Möglichkeiten. Wir wollen das Land der Ermöglicher sein. Die CDU Nordrhein-Westfalen will und wird ihren Beitrag dazu leisten, dass unser Land wieder die starken Schultern Deutschlands verkörpert, so wie es seiner Größe, seiner Geschichte und seiner Bedeutung entspricht!